Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 01	S0510/23	21.11.2023
zum/zur		
A0241/23, SR Oliver Müller, DIE LINKE		
Bezeichnung		
Kommunales Fuhrparkmanagement		
Verteiler		Tag
Die Oberbürgermeisterin		28.11.2023
Ausschuss für Umwelt und Energie		12.12.2023
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten		14.12.2023
Finanz- und Grundstücksausschuss		10.01.2024
Stadtrat		18.01.2024

Zu dem Antrag vom 29.09.2023 wird wie folgt Stellung genommen:

Mit der DS0430/23 – Grundsatzdrucksache zur Elektromobilität für den städtischen Fuhrpark der Landeshauptstadt Magdeburg – wurde am 10.10.2023 in der OB-DB bereits das Anliegen der vorliegenden Stadtratsanfrage beschlossen. Diese Drucksache ist im Ratsinformationssystem zugänglich.

Im Einzelnen sind einige Anmerkungen zur vorgelegten Begründung des Antrages zu ergänzen:

„Die Ladeinfrastruktur stellt in der Regel kein Problem dar, da die kommunalen Abstellflächen mit Ladesäulen ausgestattet werden können und so ein regelmäßiges Laden der Fahrzeuge ermöglichen“

Der Aufbau einer entsprechenden Ladeinfrastruktur ist leider nicht so einfach möglich. Zum einen gibt es häufig technische Probleme, um entsprechende Leitungen zu legen und zum anderen sind die Kosten dafür in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Trotzdem ist es das Ziel, in den nächsten Jahren vor der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen entsprechende Ladesäulen an den dazugehörigen Standorten zu errichten.

„Das PKW-Leasing von in der Regel drei Jahren ist im kommunalen Fuhrpark nicht umsetzbar.“

Seit Jahren werden die Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks für einen Zeitraum von 24 bis 60 Monaten geleast. Diese Verfahrensweise stellt kein Problem dar.

„Das Controlling ist im kommunalen Fuhrpark besonders wichtig,... denn wie bereits eine Studie aus dem Jahr 2018 zeigt, sind die Fuhrparkkosten deutscher Kommunen im Vergleich der letzten Jahre um durchschnittlich 20 Prozent gestiegen. In Unternehmen in der freien Wirtschaft hingegen sind die Fuhrparkkosten in diesem Zeitraum um 30 Prozent gesunken.“

Die höheren Fuhrparkkosten der deutschen Kommunen lassen sich zum größten Teil damit erklären, dass vermehrt Elektrofahrzeuge angeschafft wurden. So kostet zum Beispiel eine Leasingrate für ein konventionell betriebenes Fahrzeug 140,42 EURO und für ein Elektrofahrzeug 356,37 EURO pro Monat. Für ein Jahr ergibt sich hierdurch ein Kostenanstieg um 153 Prozent.

Zur Einbeziehung der Eigenbetriebe und städtischen Gesellschaften erging folgende Stellungnahme:

„Ein zentrales Fuhrparkmanagement, einschließlich der Eigenbetriebe und städtischen Gesellschaften mit städtischer Beteiligung (nachfolgend kurz Gesellschaften genannt), erscheint auf den ersten Blick durchaus geeignet, Synergieeffekte zu heben und Einsparpotenziale zu erzielen.

Geht man allerdings ins Detail, wird deutlich, dass die Hebung von Synergieeffekten und Einsparpotenzialen hinsichtlich der Zentralisierung, insbesondere einschließlich der Eigenbetriebe und Gesellschaften, durch die konkreten Gegebenheiten vor Ort in dieser Form nicht möglich ist.

Folgende Gegebenheiten sind in diesem Zusammenhang zu beachten:

1. Es existiert kein zentraler Standort der Verwaltung, der Eigenbetriebe und der Gesellschaften. Die Standorte sind über ein großes Territorium verteilt.
2. Neben ganz „normalen“ Fahrzeugen (PKW) benötigen die Eigenbetriebe und Gesellschaften eine Vielzahl von Spezialfahrzeugen, die von anderen Nutzern nicht benötigt werden.
3. Sollten Fahrzeuge zentral angeschafft und betrieben werden, stellt sich die Frage, wer diese und mit welchen Mitteln anschafft, wie die gegenseitige Verrechnung der Kosten erfolgen soll (muss wie unter fremden Dritten erfolgen) oder wer zum Beispiel die Wartung und Pflege der Fahrzeuge übernehmen soll.
4. Das Betreiben eines zentralen Fuhrparkmanagements durch die Verwaltung erfordert zudem Personalressourcen, die aktuell nicht verfügbar sind.“

Aus der Sicht der Verwaltung sind mit der vorliegenden Drucksache bereits die Voraussetzungen für eine Zentralisierung des städtischen Fuhrparks ohne die Beteiligung der Eigenbetriebe und städtischen Gesellschaften geschaffen worden. Dabei ist es selbstverständlich, dass die Fahrzeugbeschaffung ggf. an aktuelle Situationen angepasst wird.

Ronni Krug